Stenographisches Protokoll

49. Sitzung der XII. Wahlperiode des Burgenländischen Landtages

Montag, den 16. Mai 1977

Protokollauszug

1. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Verfassungsgesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1977) (Zl. 12—97)

Präsident: Der 1. Punkt der Tagesordnung ist die Gemeindeordnungsnovelle 1977.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Stix.

Ich schlage vor, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Das Hohe Haus ist mit meinem Vorschlag einverstanden.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter **Stix:** Hohes Haus! Zur Behandlung steht ein Verfassungsgesetzentwurf, mit dem die

Burgenländische Gemeindeordnung abgeändert werden soll. Der Inhalt dieser Novelle ist die Schaffung der Möglichkeit, daß — so wie bisher — der Bürgermeister, zusätzlich aber auch der Vizebürgermeister und die Gemeindevorstandsmitglieder abgewählt werden können.

Der Rechtsausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Vorlage beschäftigt und beantragt im Hohen Haus die Annahme.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rezar. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dkfm. **Rezar** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit der Gemeindeordnungsnovelle liegt uns heute gleichzeitig auch eine Änderung der Gemeindevahlordnung zur Beschlußfassung vor, und das scheint der Freiheitlichen Partei interessanter zu sein als die Änderungen in der Gemeindeordnung, die wir ja nur deshalb vornehmen, weil gewisse Vorkommnisse die beiden großen Parteien dazu veranlassen.

Die Gemeindevahlordnung bildet ein echtes Anliegen der Freiheitlichen Partei. Unsere Gesinnungsfreunde in Niederösterreich haben mit Erfolg diese Gemeindevahlordnung beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Es soll nun etwas, was man „Näher zur Demokratie“ nennen könnte, praktiziert werden. Die bisherige undemokratische Art dieser Wahlordnung war für eine kleine Partei ein Handikap. Auf Grund von Pressionen, Verlockungen und Drohungen haben Leute, die zunächst Wahlvorschläge unterstützten, ihre Unterschrift zurückgezogen, ja es ist sogar vorgekommen, daß Kandidaten erpreßt wurden. Lassen Sie mich nur einen einzigen Fall aus Pinkafeld erwähnen, wo es für einen Wahlvorschlag, für einen letztlich gültigen Wahlvorschlag, 110 Unterschriften bedurft hätte und unsere Leute dann vorgeladen und veranlaßt wurden, ihre Unterschriften zurückzuziehen, weil sie im nachhinein auch andere Wahlvorschläge unterschrieben und in der Folge natürlich ihre Unterschrift dort zurückgezogen haben, wo die geringste Gefahr bestand, sich irgendwelchen Konsequenzen auszusetzen.

Ich bin über die nunmehrige Regelung jedenfalls glücklich, wäre aber dennoch der Meinung, daß auch noch eine Änderung analog der steirischen Situation kommen müßte, wo jeder Bürger jeden Wahlvorschlag unterstützen kann, ohne daß er irgendeine Unterschrift von einem Wahlvorschlag zurückziehen muß.

Bezüglich der noch heute im Ausschuß beantragten Änderung, die Gemeinderatszusammensetzungen von der Dreierteilung herauszunehmen, gäbe es eine einfache Möglichkeit. Man bräuchte nämlich nur einzufügen: „... der abgegebenen Stimmen.“ Dann könnten wir diese dreiteilbaren Gemeinderatszusammensetzungen belassen. Ich glaube, so könnten wir eine gewisse Gerechtigkeit in die Wahlordnung hineinbringen.

Jedenfalls sind wir Freiheitlichen froh darüber, daß ein erster Schritt getan wurde, und ich hoffe,

daß dem ersten Schritt ein zweiter folgen wird. Wir werden diese Novelle annehmen.

Präsident: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Sauerzopf.

Abgeordneter Dr. **Sauerzopf** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte im Zusammenhang mit der ersten Vorlage, der Gemeindeordnungsnovelle 1977, gleichzeitig auch einige Worte zur Gemeindevahlordnungsnovelle 1977 sagen. Dabei will ich, um Wiederholungen zu vermeiden, zum Inhalt nicht mehr viel sagen.

Die Gemeindeordnungsnovelle hat die Bestimmung des bisherigen § 26 der Gemeindeordnung dahin gehend verändert, daß nunmehr neben dem Bürgermeister auch die übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes das Vertrauen der Gemeindevorstandsmitglieder haben müssen. Hier ist die Frage des Mißtrauensvotums auch gegen andere Gemeindevorstandsmitglieder als nur gegenüber dem Bürgermeister geregelt worden.

Wesentlich wichtiger erscheint mir aber die Veränderung der Gemeindevahlordnung. Wenn Kollege Rezar meinte, daß damit ein Schritt näher zur Demokratie gegangen ist, dann muß man ihm recht geben. Wir haben, einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes entsprechend, versucht, eine vernünftige Relation zwischen Wahlzahl und Zahl der Unterstützungsunterschriften zur Einbringung eines Wahlvorschlages zu finden. Ich glaube, daß die Relation, die wir hier gefunden haben, der Struktur des Burgenlandes entspricht und daß mit den Wählerzahlen des Burgenlandes, die durchwegs mittlere Ortschaften betreffen, im Zusammenhang mit den Unterstützungsvorschriften eine vernünftige Lösung getroffen wurde.

Ein kleines Detail am Rande: Die Erhöhung der Geldstrafen widerspiegelt die Inflationsrate. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Sie sollten darüber nicht lachen, sondern ein wenig Einkehr halten.

Wesentlich erscheint mir auch eine Streitfrage, die nach der letzten Gemeinderatswahl an verschiedenen Orten aufgetaucht ist; es war das die Frage der Bestellung des zweiten Vizebürgermeisters. Hier hat es unterschiedliche Rechtsauffassungen gegeben. Manche Bürgermeister haben das in der Weise geregelt, daß sie meinten, wer zweiter Vizebürgermeister wird, das bestimme einfach die Mehrheit. (*Landesrat Dkfm. Dr. Vogl: Alles in ÖVP-Gemeinden! — Abg. Dipl.-Ing. Halbritter: Parndorf! — Heiterkeit.*)

Na, Neudörfel ist vorläufig noch nicht ÖVP-Gemeinde, Herr Landesrat Vogl! (*Abg. Pösch: Aber es wird rot bleiben!*) Er war anscheinend mit dem Bürgermeister von Neudörfel zu lange auf Urlaub und ist über die letzten Vorgänge offensichtlich nicht informiert. Gerade Neudörfel war eines jener Streit-

objekte, das nun durch eine klare gesetzliche Aussage ein für allemal einer unwiderstehbaren Regelung zugeführt werden soll.

Diese heutige Novelle zur Gemeindeordnung und zur Gemeindevahlordnung kann aber nicht besprochen werden, ohne gleichzeitig eine Parallele zur Novellierung der Landtagswahlordnung zu ziehen. Und hier, Herr Kollege Rezar, ist es mir, wenn ich Ihnen heute auch recht gebe, unverständlich, daß Sie seinerzeit bei der Novellierung der Landtagswahlordnung einem konträren Vorhaben der sozialistischen Mehrheit zustimmen konnten. *(Abgeordneter Dkfm. Rezar: Das ist Ihre Meinung!)*

Wo war bei der Landtagswahlordnung der Satz „Näher zur Demokratie“? Mir war es seit eh und je unverständlich, daß die Freiheitliche Partei zustimmen konnte, durch eine Verfälschung des Verhältnisswahlsystems – wie das ja geschehen ist – den Einfluß der Mehrheitspartei überproportional zu steigern, und sich selbst damit zur Bedeutungslosigkeit verurteilen zu lassen.

Das muß ich Ihnen heute sagen, wo Sie doch vorhin so schön vom „Näher zur Demokratie“ gesprochen haben. Ich glaube, Sie haben sich damals von der Demokratie weit entfernt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich hoffe nur, Sie haben sich nicht so weit entfernt, daß Sie ganz aus dem Gesichtskreis der politisch tragenden Kräfte dieses Landes verschwinden. *(Abg. Dkfm. Rezar: Sie waren nie für klare Verhältnisse! Die FPÖ ist für klare Verhältnisse! – Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte keine Debatten von den Bänken. Sie haben die Möglichkeit, sich zum Wort zu melden.

Abgeordneter **Dr. Sauerzopf** *(fortsetzend)*: Herr Kollege Rezar! Ich stelle mit Erstaunen fest, daß Sie sich jetzt auch schon den politischen Slogan „klare Verhältnisse“ angeeignet haben. *(Abg. Dkfm. Rezar: Die Slogans tun vielen weh!)* Die Slogans nicht, aber gewisse Praktiken, und zu denen haben Sie Handlangerdienste geleistet. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Da wir aber gerade in der Diskussion zu diesen rechtspolitisch wichtigen Fragen sind. Tocqueville hat vor über 100 Jahren gesagt: „Die Gemeinde ist die Schule der Demokratie.“ So wie in der Schule verschiedene Veränderungen vor sich gegangen sind, sind auch in der Demokratie Veränderungen vor sich gegangen, Veränderungen, die gerade freiheitlichen Politikern – ich meine jetzt nicht die FPÖ-Politiker, sondern freiheitsbezogene Politiker, zu denen wir uns von der Volkspartei rechnen – Sorge machen müssen. *(Abg. Dkfm. Rezar: Seit wann?)* Herr Kollege Rezar! Hören Sie zu, vielleicht werden Sie verstehen, was ich meine.

Vor 100 Jahren ist man von der Gewaltentrennung ausgegangen. Man wollte die Konzentration von Macht in einer Hand verhindern. Man hat die Gewalt im Staat funktionell und personell aufgeteilt: hier die gesetzgebende Gewalt, dort die vollziehende

de Gewalt, die Regierung und die unabhängige Gerichtsbarkeit. *(Abg. Elli Zipser: Nichts Neues!)*

Neu, Frau Kollegin, ist folgendes: Daß diese Gewaltentrennung durch die Praxis der Sozialistischen Partei heute weitgehend wieder beseitigt wurde, so daß vielleicht heute der Ruf nach Trennung der Gewalten, nach Verhinderung der Machtkonzentration wieder laut werden muß. Dieser Ruf wird laut werden, denn was neu an der Situation . . . *(Abgeordneter Dkfm. Rezar: Das muß doch in Niederösterreich beginnen! Mit zwei Mandaten blockieren Sie uns!)*

Herr Kollege Rezar! Ich habe auch den Eindruck, daß Sie sich zu viel mit fremden Dingen beschäftigen; hier im Burgenland hätten Sie arbeiten sollen. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)* Wenn es Ihnen ernst damit ist, hätten Sie hier im Burgenland bei der Landtagswahlordnung Ihre Stimme erheben müssen. Sie hätten nein zur Machtkonzentration sagen müssen. Denn es ist durch die sozialistische Praxis erwiesen, daß die Gesetzgebung nur mehr nachvollziehendes Organ der Regierung ist. Und die Landtagswahlordnungsreform hat – das haben von der Regierungsbank aus die Sozialisten offen gesagt – nur den Sinn gehabt: Konzentration der Macht, Übermacht in der Regierung! Und dem, Herr Kollege Rezar, haben Sie zugestimmt!

Lassen Sie mich Ihnen, Herr Kollege Rezar, noch etwas sagen. Wenn zu dieser Konzentration, zu dieser Verschmelzung von Legislative und Exekutive, noch etwas dazukommt, wovon sich unsere Vorfahren vor hundert Jahren überhaupt nichts träumen ließen, nämlich die Konzentration der großen Verbände und die Adaption des Staates durch die politischen Parteien mit Hilfe dieser großen Verbände, dann müßte gerade ein freiheitlicher Politiker darüber nachdenklich werden; nämlich ob diese Machtkonzentration in einer Partei, welche zu dieser Macht ein ganz ausgeprägtes Verhältnis hat, nicht schlimm ist für die Demokratie.

Ich habe es schon bei der Beratung über die Landtagswahlordnung gesagt und möchte es heute wiederholen: Die Gefahr für die Demokratie ist die Konzentration der Macht in einer Hand! Die Wahlordnung für die Gemeinden als der Schule der Demokratie kennt diese Konzentration noch nicht in dieser Form. Hier haben wir noch die Überschaubarkeit des politischen Geschehens, hier geschieht noch etwas, wovon der Herr Landeshauptmann abgerückt ist. Hier wird der Konsens gesucht, hier wird nicht überstimmt, ohne vorher das Gespräch zu suchen!

Wir sind auch dafür, daß letzten Endes die Mehrheit entscheidet. Aber der Mehrheitsbeschluß kann nur das formale Ergebnis eines Gesprächs in Sachlichkeit und Toleranz sein. Dieses Gespräch der Zusammenarbeit wird aber verlassen, und das haben Sie, Herr Abgeordneter Rezar, unterstützt. Die Sozialistische Partei hat das in die Wege geleitet, und Sie waren dazu der Handlanger. Das muß ich Ihnen

sagen, wenn Sie heute großspurig von „Näher zur Demokratie“ reden! (Abg. Dkfm. Rezar: . . . Sie in Rudersdorf!) Entweder gehen Sie zu weit in die Ferne oder Sie vergraben sich in eine kleinliche Kirchturmpolitik, Herr Kollege Rezar!

Die Gemeinde lebt von dieser Zusammenarbeit. Ich muß sagen, auch die Arbeit im Land wird von dieser Zusammenarbeit leben müssen. Es gibt keine Abkehr von der Konsensdemokratie in diesem Lande. Das wird auch der Herr Landeshauptmann noch wahrnehmen müssen, und das werden auch jene sozialistischen Abgeordneten wahrnehmen müssen, die immer vom Primat der Mehrheit, von einem „Verstärkereffekt“ der Mehrheit in der Landtagswahlordnung sprechen!

Die „Schule der Demokratie“, die Gemeinden, zeigen, wo das politische Geschehen erfolgreich sein kann, nämlich dort, wo das sachliche Gespräch gesucht wird, wenn man das Überstimmen als letzten Ausweg ansieht und nicht als Drohung und nicht als Ausdruck der Macht, der Machtkonzentration. Gerade Sie, Herr Kollege Rezar, sollten als Freiheitlicher vor dieser Machtkonzentration Angst haben. (Abg. Dkfm. Rezar: Bei mir ist die Vergeblichkeit noch nicht eingetreten! Bei Ihnen anscheinend schon! Wir haben Ihre Praktiken zwanzig Jahre hindurch kennengelernt!)

Herr Kollege Rezar! Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie sich von der Vergangenheit nicht lösen können. Aber das wirft man Ihrer Partei ja immer wieder vor. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dkfm. Rezar: Lernen sollte man!)

Ich will nicht sagen: Ein ewig Gestriger! Ich will nicht das böse Wort vom „ewig Gestrigen“ verwenden. Aber sagen Sie doch etwas für die Zukunft und überlegen Sie sich die Dinge, die in der Gegenwart an die Oberfläche gelangen.

Ich hoffe für Sie persönlich, Herr Kollege Rezar, daß diese klaren Verhältnisse, zu denen Sie hier angeblich mithelfen wollten, nicht so weit führen, daß Sie dann „unverhältnismäßig“ auch nach der neuen Verhältniswahlordnung sind, sodaß Sie das Mandat nicht mehr ergattern werden. Ich sage es noch einmal, eine Freiheitliche Partei hätte heute Berechtigung.

Wir sagen auch deshalb ja zur Gemeindevahlordnungsnovelle, weil gerade wir die kleinen Kräfte, die Vielfalt der politischen Kräfte als Volkspartei respektieren. Wir wollen verhindern, daß die Übermacht einer Partei, eines Parteiapparates die Macht hat. Wir suchen die Vielfalt der politischen Kräfte und sind bereit, deren Stimme zu hören. Aber wenn Sie so leise sind oder dort, wo Sie reden sollten, plötzlich Ihre Stimme versagt, dann dürften Sie sich nicht wundern, wenn dann eines Morgens gerade für Sie die Situation in der politischen Landschaft anders ausschaut. (Zwischenruf des Abg. Dkfm. Rezar.) Um unsere Partei, Herr Kollege Rezar, brauchen Sie sich keine Sorge zu machen.

Ich möchte also den Disput mit Ihnen mit diesem Satz beenden: Kümmern Sie sich ein bißerl um die Partei, um die Sie sich eigentlich wirklich kümmern sollten! Einmal lehnen Sie sich dort zu sehr an, und dann reiben Sie sich mit der anderen Partei zu sehr und vergessen auf die eigene Position!

Der zweite Gedanke, der sich bei der Behandlung derart wichtiger Gesetzesnovellen aufdrängt, ist die Frage nach der Zukunft der politischen Gemeinde im Burgenland, die Frage, wie es weitergehen wird. Eines muß, so glaube ich, gerade in einer Zäsur nicht nur der Gemeindegeseztgebung, sondern auch der Landesgesetzgebung gesagt werden: Die Zeit der Eröffnungen, die Zeit der prunkvollen Ausgestaltung ist für dieses Land vorbei.

Dieses Land und vor allem seine Gemeinden haben neue Probleme. Diese Probleme werden aber nur im Geiste der Zusammenarbeit zu lösen sein. Das Problem der Arbeitsplatzsicherung wird nicht durch Enqueten und durch Förderungen von höchster Stelle zu lösen sein, sondern das wird in den Gemeinden gelöst werden müssen. Hier werden die Arbeitsplätze gefunden werden müssen, und hier wird es der Mittelstand dieses Landes in Gewerbe und Handel sein, der diese sicheren Arbeitsplätze schaffen muß. Aber das kann eben nur gemeinsam geschehen und nicht mit einer Politik des Überstimmens — mit einer Stimme Mehrheit in diesem Hause!

Das Land wird das Problem der jungen Leute lösen müssen. Man kann über die heutige Wahlordnungsnovelle nicht reden, ohne die Ergebnisse des Mikrozensus zu berücksichtigen, die Abwanderungstendenz, die sich hier manifestiert, die Abwanderung gerade der jungen Leute, der produktiven Kräfte dieses Landes. Auch das sind Probleme, die nur in den Gemeinden gelöst werden können, und ich glaube, daß auch das nur im Geiste der Zusammenarbeit geschehen kann.

Zum Abschluß noch ein Wort zu dem Beitrag, den die Österreichische Volkspartei auf diesem Gebiet leistet. Gerade die letzte Periode des Landtages hat bewiesen, daß wir, was unsere Regierungsmitglieder betrifft, das Schwergewicht der Politik in die Gemeinden verlagert haben. Ich darf hier an die Arbeit des Gemeindeferenten Grohotolsky erinnern, an die Fragen Umweltschutz, GIF, wenn Sie wollen, Müll und Entsorgung, das Referat von Landesrat Wiesler, und ich darf auf die Fragen der Schulbauten- und des Kindergartenprogramms verweisen, die in das Referat des Landeshauptmann-Stellvertreters Soronics fallen.

Die Österreichische Volkspartei hat bewiesen, daß sie für die Gemeinden und damit für dieses Land positive Arbeit leistet. Wir werden nach wie vor für die Gemeinden arbeiten. Wir werden beweisen, daß wir auch unter geänderten Verhältnissen — denn Ihre Zusammenarbeitsparole gilt ja nur mehr nach außen hin — unsere Politik durchsetzen werden.

Wir sind hier nicht Minderheit, wir sind nicht Opposition, sondern wir sind politisch gestaltende Kraft! Wir sind die Alternative des Burgenlandes! Das muß heute an diesem für die Gemeinden so wichtigen Tag gesagt werden!

In diesem Sinne werden wir den Vorlagen unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Resch.

Abgeordneter **Resch (SPÖ):** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir, die sozialistische Fraktion dieses Hauses, begrüßen diese Ergänzungsvorschläge zur Änderung der Gemeindeordnung und der Gemeindevahlordnung. Wir erachten es als notwendig und höchst an der Zeit, die derzeit bestehende Lücke in der Vergabe des zweiten Vizebürgermeisters mit dieser Ergänzung zu schließen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es bei allen Parteien in dieser Frage sehr oft Schwierigkeiten gegeben hat. Gemäß § 28 der Gemeindeordnung bedarf der Bürgermeister zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Gemeinderates. Der Bürgermeister kann also jederzeit mit Mehrheit des Gemeinderates mit einem Mißtrauensvotum belegt werden. Das gleiche gilt nicht für Vizebürgermeister und Mitglieder des Gemeinderatsvorstandes.

Der vorliegende Entwurf enthält die Bestimmung, wonach neben dem Bürgermeister auch die übrigen Gemeindevorstandsmitglieder vom Vertrauen des Gemeinderates beziehungsweise seiner Wahlpartei während der Funktionsperiode getragen sein müssen. Damit ist einem langjährigen Bestreben des Sozialistischen Gemeindevertreterverbandes Rechnung getragen worden. Auch hier haben sich in den letzten Jahren oft Schwierigkeiten bei allen Parteien ergeben, die nicht selten dazu führten, daß in manchen Gemeinden die Gemeindegarbeit auf Monate, manchmal sogar bis zur nächsten Gemeinderatswahl sehr stark gelitten hat, ja manchmal sogar lahmgelegt wurde. Nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung wird es daher für die Gemeinden leichter sein, ihre Aufgaben und somit ihren Wahlauftrag zu erfüllen.

Der Sozialistische Gemeindevertreterverband hat auch angeregt, im Zuge der Novellierung der Gemeindeordnung eine Änderung der im § 15 Absatz 1 festgesetzten Zahl der Gemeinderatsmitglieder vorzunehmen. Eine derartige Änderung scheint uns schon aus dem Grund notwendig zu sein, weil es bei der bisherigen Regelung zu gewissen Ungereimtheiten gekommen ist. Bei 15 Gemeinderatsmitgliedern brauchte die zweitstärkste Partei genau ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder, also fünf, um Anspruch auf den Vizebürgermeister erheben zu können. Bei 17 Gemeinderatsmitgliedern hingegen muß die zweitstärkste Partei mehr als ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder nachweisen. Ich hoffe nur, daß auch diese Ungereimtheit vielleicht in einer anderen Art, aber sicherlich in der nächsten Zeit einer Erledigung zugeführt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist keine Frage, daß die Aufgaben der Gemeinden in den letzten Jahren gewaltig zugenommen haben und daß es hier große Anstrengungen bedarf, um den Aufgaben und Wünschen unserer Menschen draußen in den Gemeinden in der Zukunft gerecht werden zu können. Die von der Verfassung getroffene Gleichschaltung aller Gemeinden nimmt zunehmend reale Formen an.

Früher einmal war doch eine Kleingemeinde kaum mehr als ein Verwaltungssprengel. Die Anschaffung von Schulmöbeln oder anderen kleinen Dingen mag vielleicht schon eine wesentliche Aufgabe für den Gemeinderat gewesen sein. Heute hingegen wollen die Menschen auch im ländlichen Raum an den Errungenschaften unserer Zeit teilhaben. Die Voraussetzung dafür, daß jeder einzelne Bürger ein schöneres Leben führen kann, müssen wohl die kommunalen Einrichtungen hier in unserem Lande bieten. Ein ungeheurer Nachholbedarf eröffnet sich daher für unsere Klein- und Mittelmunicipien. Daher hat sich heute schon jede Gemeinde in unserem Land zur Leistungsgemeinde entwickelt.

Auf dem Gebiet der Infrastruktur möchte ich nur einige Aufgaben herausstreichen. Die ausreichende Wasserversorgung etwa – diese verlangt wiederum eine funktionierende Abwässerbeseitigung –, die Staubfreimachung der Gemeindestraßen, die Anbringung von Straßenbeleuchtungen, alles Dinge, die der sprunghaft zunehmende Verkehr einfach verlangt und die heute sicherlich niemand mehr in Abrede stellen kann. Aber auch für die Stromversorgung muß die Gemeinde die Mitverantwortung übernehmen genauso wie für Fragen des Umweltschutzes, etwa der Beseitigung des Mülls.

Die bildungspolitischen Aufgaben der Gemeinden reichen heute vom Kindergarten bis zur matura-führenden Schule. Das früher zweifellos vorhandene Bildungsprivileg für das Stadtkind ist im Burgenland heute endgültig abgebaut. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Fragen der Freizeitgestaltung und des Sports gewinnen auch für die Gemeinden mittlerer und kleinerer Größenordnung zunehmend an Bedeutung. Die verkürzte Arbeitszeit und der steigende Wohlstand bringen heute auch für die ländliche Bevölkerung Probleme mit sich, denen sich die Gemeinde wohl nicht verschließen kann. Sportstätten aller Art, wie insbesondere Freibäder und neuerdings auch Hallenbäder für unsere Jugend, werden in den ländlichen Gebieten gefordert.

Für den Menschen auf dem Lande war die Sorge um ihre Gesundheit wohl noch nie so groß wie heute. Früher einmal galt dem wirtschaftlichen Existenzkampf gerade in den Grenzbezirken die ganze Aufmerksamkeit. Heute aber im Zeichen des Wohlstandes möchte man die Annehmlichkeiten des Lebens möglichst lange und möglichst ergiebig für sich in Anspruch nehmen. Dabei ist es wichtig, eine entsprechende ärztliche Vorsorge in unserem Land zu

haben. Die Gemeinden bieten verschiedene Anreize, um ausreichend viele Ärzte aufs Land zu bekommen. Aber auch die laufende Verbesserung der Krankenhäuser ist mit einer Aufgabe der Gemeinde geworden. Dazu kommt noch die Betreuung der alten Mitbürger, die mit dem Wegfall der Großfamilie auch in den ländlichen Gebieten zu einem wesentlichen Teil den Gemeinden zufällt.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen in zumutbarer Nähe vom Wohnort ist ebenso eine Verpflichtung, der sich eine Gemeinde wohl nicht mehr verschließen darf. Gerade wir Burgenländer kennen das Los der Pendler und wissen auch, wie gerne diese Arbeitskräfte im eigenen Lande und in der eigenen Gemeinde arbeiten möchten. Hier hat die Kommunalpolitik noch einen sehr weiten Aufgabenbereich zu bewältigen.

Ich habe versucht, aus dem kaum zu begrenzenden Aufgabenfeld der Gemeinden einige Bereiche herauszuheben. Sie werden mir wohl beipflichten, daß alle diese Probleme einer Lösung zugeführt werden müssen. Hier werden nicht etwa unnötige Aufgabenstellungen aufgegriffen, dies sind auch keine Erfindungen von Gemeindefunktionären, und es darf auch nicht als Großmannssucht eines Bürgermeisters ausgelegt werden, wenn er an die Bewältigung dieses breiten Spektrums der kommunalpolitischen Fragen herangeht. Ich möchte ausdrücklich betonen, es handelt sich lediglich um echte Bedürfnisse unserer Menschen draußen in den Gemeinden.

Es wäre natürlich zu wenig und zu einfach, wollte man die einzelnen Aufgaben der Gemeinden nur anreißen und allenfalls deren Bewältigung vordergründig von irgendwelchen finanziellen Zuwendungen abhängig machen. Natürlich wird es ohne zusätzliche Geldmittel nicht gehen, doch vorrangig sollten wir schon nach Lösungsmöglichkeiten, glaube ich, auf Gemeindeebene suchen.

Es scheint mir zu einfach zu sein, einen Forderungskatalog aufzustellen, wie Sie das in Ihrer sogenannten Gemeindeinitiative tun, ohne dazu eine Alternative anzubieten. Ich habe erst vor kurzem in einer Zeitung gelesen, Soronics fordert eine Änderung des Aufteilungsschlüssels des Finanzausgleiches, mehr Grenzlandförderung zur Ansiedlung von Betrieben, mehr Mittel für Umweltschutz, Stärkung der Demokratie auf Gemeindeebene, Mitspracherecht der Gemeinden bei Gesetzesvorhaben und so weiter.

Alles Forderungen, meine Damen und Herren, die nicht neu sind. Alles Forderungen, die sehr viel Geld kosten. Auf der einen Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr Geld fordern, auf der anderen Seite aber massive Steuersenkungen zu verlangen, kann doch keine ernst zu nehmende Politik sein und auch keine ernst zu nehmende Alternative für unsere Gemeinden draußen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Katsich: Steueranpassung heißt das!)

Herr Kollege Katsich! Es wäre doch sehr interessant, von Ihnen zu hören, wie Sie das zuwege bringen wollen: mehr geben, indem man die Einnahmen auch für die Gemeinden sehr stark kürzen will. (Abgeordneter Dr. Sauerzopf: Nicht durch Steuererhebungen! Sie sollen sparen!) In Wahlversprechen, Herr Kollege Sauerzopf, waren Sie ja immer groß, das ist doch bekannt. Sie waren in Wahlversprechen immer sehr groß, Herr Kollege Sauerzopf. (Abgeordneter Dr. Sauerzopf: Sparen sollen Sie!) Wo bleibt denn Ihre Alternative für die Gemeinden? Sie waren ja gerade am Rednerpult, ich habe nichts davon gehört. Ihr Vortrag, Herr Kollege Sauerzopf, war die Unterrichtsstunde eines sehr schlechten Lehrers für die Gemeinden, was Sie hier vorgetragen haben. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! All das, was Sie heute fordern, hätten Sie ja längst schon verwirklichen können. Sie hatten ja im Bund und im Land die Möglichkeit dazu, in einer Zeit, in der Sie im Bund und im Land die Mehrheit hatten. Aber in dieser Zeit gab es ja keine Alternativen, da gab es ja nur ein Fortwursteln von Ihrer Seite.

Noch nie war die Hilfe des Bundes, meine Damen und Herren, für das Land und unsere Gemeinden so groß wie in den letzten Jahren einer sozialistischen Regierung. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Schmall: Das alte Lied!) Die Ertragsanteile und die Steuerkopfquote in den Gemeinden sind sehr stark angestiegen. (Zwischenruf des Abgeordneten Dipl.-Ing. Halbritter.) Wie viel haben Sie in Neusiedl in den letzten fünf Jahren bekommen? Sagen Sie ehrlich in diesem Haus, um wie viel Sie mehr bekommen haben vom Land und vom Bund!

Die Bedarfszuweisungen in den Gemeinden, meine Damen und Herren, haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die Mittel des Wasserwirtschaftsfonds haben eine Höhe erreicht wie noch nie zuvor in diesem Land. (Abg. Dr. Katsich: Um wieviel weniger kann man damit kaufen? Das sagen Sie uns!)

Unsere Gemeinden haben in den letzten Jahren ihr Bild verändert. Das Leben der Menschen in unseren Gemeinden ist daher in den letzten Jahren lebenswerter geworden. Das können Sie nicht in Abrede stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Aber auch das Land hat den Gemeinden in den letzten Jahren sehr stark unter die Arme gegriffen. Unseren Landesvoranschlag könnte man fast schon als Gemeindevoranschlag bezeichnen. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abgeordneter Dipl.-Ing. Karall: Sie verwechseln das mit einer Gemeinderatssitzung!) Es gibt keine Gemeinde, Herr Kollege Karall, die nicht mindestens einmal mit fördernden Maßnahmen in diesem Voranschlag aufscheint.

Aber auch einige legislative Maßnahmen haben dazu beigetragen, die Finanzen der Gemeinden zu

stärken. Das Gemeindestrukturverbesserungsgesetz hat doch zum Ziel, durch Gemeindezusammenlegungen eine erhöhte Finanzkraft der Gemeinden und eine wirkliche Verbesserung ihrer Struktur herbeizuführen.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß ein Großteil der auf unsere Gemeinden zukommenden Aufgaben in der Enge der Gemeinde gar nicht mehr bewältigt werden kann. Vielmehr sind überörtliche, daher regionale Lösungen angezeigt. Denken Sie beispielsweise nur an die Wasserversorgung oder an die noch schwieriger zu lösende Frage der Abwasserbeseitigung.

Heute wird wohl niemand mehr ernsthaft daran denken, für eine Gemeinde von, sagen wir, 500 Einwohnern eine eigene Kläranlage zu errichten. Bei all diesen Vorhaben handelt es sich nicht nur um erstmalige Investitionen, sondern vor allem bedürfen auch die Folgekosten einer genauen Überlegung. Bei der Betreuung derartiger Anlagen ist es aus betriebswirtschaftlicher Sicht gleichgültig, ob es sich um kleine oder um größere Projekte handelt.

Vor allem wirtschaftliche und finanzielle Gründe sind es, die in zunehmendem Maße in unseren Gemeindefunktionären die Erkenntnis heranreifen lassen, daß überörtliche Problemlösungen verstärkte Bedeutung gewinnen. Vielfach mag sich so mancher Bürgermeister vielleicht mit diesem Gedanken noch nicht angefreundet haben, das ist schon möglich, doch wollen wir den ungeheuren Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen sein, ist es nur ratsam, diesen Umdenkungsprozeß möglichst rasch voranzutreiben.

Für uns im Burgenland kann ich sagen, daß wir auf verschiedenen Bereichen bereits regionale Lösungen auf dem Wege der Gemeindeverbände gefunden haben. Ich denke hierbei an die Wasserleitungsverbände, Abwasserverbände und Müllverbände.

Natürlich treten bei diesen überörtlichen Projekten neue Probleme auf, ohne Zweifel. Die Streusiedlungen in unseren Dörfern selbst und die geographische Entfernung der zu betreuenden Gemeinden voneinander erfordern lange Verbindungsstränge und Leitungen. Diese bringen einen zusätzlichen Teuerungseffekt. Dennoch dürfen wir uns von den zweckmäßigen großräumigen Lösungsmöglichkeiten, die sich anbieten, nicht abbringen lassen.

Eine Kleingemeinde, auf sich selbst angewiesen, kann heute aus rein finanziellen Erwägungen ihren Verpflichtungen in dieser Hinsicht kaum nachkommen. Andererseits aber ist bei großräumigen Zusammenschlüssen von Gemeinden für bestimmte Zwecke eine bessere Auslastung der Kapazitäten, sei es betriebstechnisch oder auch personell, garantiert.

Der interkommunale Finanzausgleich brachte den Gemeinden in den letzten Jahren rund 40 Millionen Schilling im Burgenland.

Mit dem Sozialhilfegesetz wird vor allem den finanzschwächeren Gemeinden geholfen.

Der vom Land ins Leben gerufene GIF ermöglicht den Gemeinden, ihre Aufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes rascher und leichter zu erfüllen.

Das Kindergartengesetz hilft den Gemeinden nicht nur bei der Errichtung des baulichen Teiles, sondern gibt auch Zuschüsse für das Personal des Kindergartens.

Das Wirtschaftsförderungsgesetz schafft Voraussetzungen zur Modernisierung und Rationalisierung in den Betrieben, wobei neben einer hohen Wertschöpfung vor allem auf die Qualität des Arbeitsplatzes besonders Wert gelegt wird. Gerade diese qualifizierten Arbeitsplätze brauchen wir in unseren Gemeinden, wenn wir die Menschen in unseren Dörfern halten wollen.

Ich glaube also, daß der Weg, den unser Land in den letzten Jahren gegangen ist, auch ein guter Weg für unsere Gemeinden gewesen ist. (Beifall bei der SPO.)

Natürlich, meine Damen und Herren, sind die Gemeinden heute verschuldet, aber es wurden ja auch Werte geschaffen, die man nicht für eine Generation schafft. Wasserleitungen baut man nicht für eine Generation, auch nicht Kanäle, Schulen, Kindergärten, Straßen oder Totenhallen. Auch Kommassierungen und Flußregulierungen sind für mehrere Generationen bestimmt. Daher ist es nur berechtigt, daß die nach uns kommende Generation dazu auch ihren Beitrag zu leisten hat.

Meine Damen und Herren! Sicherlich ist der Finanzbedarf unserer Gemeinden noch im Steigen begriffen, gerade im Hinblick auf die neu hinzukommenden Aufgaben der Raumordnung, der Raumplanung und des Umweltschutzes.

Eine vor kurzem veröffentlichte Erhebung über den kommunalen Investitionsbedarf der österreichischen Gemeinden bis 1979 ergibt, nach der jetzigen Kostenbasis gerechnet, Erfordernisse von insgesamt 51,3 Milliarden Schilling. Etwa 25,9 Milliarden entfallen davon auf Gemeinden bis zu 5.000 Einwohner, 25,4 Milliarden entfallen auf Gemeinden über 5.000 Einwohner. An der Spitze des Investitionsbedarfes stehen die Wasserversorgungen und die Abwasserbeseitigungen mit rund 30,8 Prozent, das Schulwesen mit 19,1 Prozent sowie die Straßen- und Brückenbauten mit neun Prozent. (Abg. Dipl.-Ing. Karall: Das sind aber keine burgenländischen Ziffern!) Das sind keine burgenländischen, das sind österreichische Zahlen.

Es wäre sicherlich von großem Vorteil, Herr Kollege Karall, könnte die Gemeindeabteilung einen für das Burgenland ausgearbeiteten Plan des Investitionsbedarfes unserer Gemeinden erstellen. Ich bin nämlich der Meinung, daß im Hinblick auf die

Investitionen auf diesem Gebiet in den letzten Jahren diese Zahlen für unser Land kaum mehr Gültigkeit haben. Gerade am Wasser- und Abwassersektor sowie am Schulsektor wurden in den letzten Jahren sehr große Leistungen vom Land und den Gemeinden erbracht.

Immer häufiger hört man von den konservativen Kräften das Ansinnen, öffentliche Aufgaben zu privatisieren. Ich glaube kaum, meine Damen und Herren, daß mit derartigen Maßnahmen eine Entlastung der Gemeinden oder der Gemeindebürger eintreten könnte.

Meine Damen und Herren! Es muß doch klar erkannt werden, daß die wichtigsten Einrichtungen und Leistungen deshalb vom öffentlichen Sektor übernommen wurden, weil sie der private Sektor nicht zur Zufriedenheit der Menschen, vor allem der sozial schwächeren Menschen erfüllt hat. Wären Wohnungen, Kranken- und Altenbetreuung sowie Erziehung über den Markt für alle in reichlichem Ausmaß erfolgt, dann hätten wir, die Arbeiterbewegung, nicht erst den Wohlfahrtsstaat in Österreich erkämpfen müssen.

Natürlich müssen wir alles daransetzen, daß die kommunalen Einrichtungen so geführt werden, daß sie wirtschaftlich sind, daß die Belastungen der Bevölkerung im Rahmen des Erträglichen gehalten werden und daß sie jederzeit und von jedermann leicht kontrollierbar und leicht prüfbar sind. (Abg. Böhm: Wie beim Bauring!)

Der im Dezember 1972 beschlossene erste sozialistische Finanzausgleich ist zweifellos einer der besten, den es je für die Gemeinden gab. (Beifall bei der SPO. — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Karall.) Sie können ja zuhören, Herr Kollege Karall, und mir das Gegenteil Ihrer Regierungen beweisen. Durchschnittlich ergab sich eine Mehrbeteiligung der Gemeinden an der Finanzausgleichsmasse von rund eineinhalb Milliarden Schilling pro Jahr. Die Sozialisten haben damit ihre Gemeindefreundlichkeit zweifellos unter Beweis gestellt.

Trotzdem wird der neue Finanzausgleich, für den demnächst die Verhandlungen beginnen werden, für die Zukunft der Gemeinden sehr ausschlaggebend sein. Es wird unsere Sorge sein müssen, daß bei den Verhandlungen des neuen Finanzausgleiches eine noch stärkere Berücksichtigung der Gemeinden erfolgt, wenn die Gemeinden auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen sollen.

Auf einer großen Gemeindegemeinschaft hat Finanzminister Androsch über den Finanzausgleich den Gemeinden verstärkte Hilfe in Aussicht gestellt. Es ist nur abzuwarten, daß auch die Länder und die Städte hier mitziehen. (Abg. Dipl.-Ing. Halbritter: Wir sind im Burgenland, Herr Abgeordneter!)

Wir sind im Burgenland, aber wir brauchen den Bund dazu, um alle Aufgaben zu erfüllen, Sie zuallererst, Herr Kollege, in Neusiedl am See. (Abgeord-

neter Dipl.-Ing. Halbritter: Aber vorher hat es Neutral bekommen, gebraucht hätten wir es!)

Meine Damen und Herren! Sie kriegen das meiste, ich werde es mir herausschreiben, was Sie vom Bund kriegen. (Zwischenruf.) Jawohl, ich bin damit auch zufrieden und einverstanden, aber Sie sind nicht damit einverstanden. Ich habe die Hilfe des Bundes für unsere Gemeinden begrüßt (Beifall bei der SPO), egal, ob die Hilfe für Sie, für mich oder für einen anderen Bürgermeister kommt. (Abg. Dipl.-Ingenieur Halbritter: Nur mit dem Unterschied: Uns wollen Sie es nicht geben, aber Sie nehmen es selbstverständlich! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Herr Kollege Sauerzopf! Hören Sie mir noch fünf Minuten zu. Ich höre Sie sowieso nicht an, wenn ich nicht will. Sie hätten so viel Zeit zu reden gehabt, warum haben Sie nicht davon gesprochen? Sie können noch einmal reden, Sie haben die Möglichkeit dazu.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten wissen, welche Wertziele für die Menschen unserer Gemeinden heute im Vordergrund stehen: eine befriedigende Wohnsituation, ein befriedigendes Arbeitsplatzangebot, gute Verdienstmöglichkeiten, eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, ein gutes Bildungs- und Ausbildungswesen, Vorsorge für die Gesundheit, Verbesserung der Lebensbedingungen für alte Menschen und einen höheren Freizeitwert. Wir Sozialisten werden auch weiterhin unsere Kommunalpolitik darnach auszurichten wissen. Zu jeder Zeit waren es Sozialisten, die den Menschen dieselben Chancen und Lebensbedingungen geben wollten. Und es waren immer die Sozialisten, die die politische Aufgabenstellung zwischen Bund, Land und Gemeinde als eine politische Einheit betrachteten. (Abg. Dr. Katsich: Herr Kollege! Wir sind ja keine Wählerversammlung!)

Die einzelnen politischen Zielsetzungen greifen ineinander, und vieles von dem, was bundes- oder landespolitische Errungenschaften sind, haben ihren sichtbaren Niederschlag in den Gemeinden. Weil wir Sozialisten all unsere politische Arbeit nur nach den Bedürfnissen und Wünschen der gesamten Bevölkerung orientieren, ganz gleich, ob sie von einem Bundespolitiker, einem Landespolitiker oder einem Gemeindefunktionär geleistet wird, sind gerade — und das glauben wir — die Klein- und Mittelgemeinden des Burgenlandes bei uns Sozialisten in guter Hand. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. — Er verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung.

Da es sich bei dieser Gesetzesvorlage um ein Landesverfassungsgesetz handelt, ist eine Beschlußfassung nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglie-

der des Landtages und einer Zweidrittelmehrheit möglich.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das Verfassungsgesetz ist bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Hohen Hauses mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Der Herr Berichterstatter hat die sofortige Vornahme der dritten Lesung beantragt.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Verfassungsgesetz auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich konstatiere die Annahme des Landesverfassungsgesetzes auch in dritter Lesung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit.